

LEITARTIKEL

Debakel auch für Deutschland

Der Militärputsch in Niger richtet sich gegen Demokratie und Interessen des Westens

Niger ist bitter-arm, hat die höchste Geburtenrate der Welt und eine gefährliche Binnenlage in Afrika. Die islamistische Terrorgruppe Boko Haram treibt dort ihr Unwesen, in Nachbarstaaten wie Mali und Burkina Faso hat das Militär längst geputscht. Dürren und Hungersnöte bedrohen die Bevölkerung zusätzlich. Und auch das macht Niger aus: Es hat eine enorme Bedeutung für Deutschland, die Europäische Union.

Der Westen setzte auf das Land als Partner bei den Bemühungen um eine Stabilisierung der Sahel-Zone. 2021 hat es mit einer demokratischen Wahl den ersten friedlichen Machtwechsel seit der Unabhängigkeit Nigers von Frankreich 1960 gegeben. Den großen Hoffnungs-schimmer für den Wüsten- und

KRISTINA DUNZ
ksta-politik@
kstamedien.de

deswehr wickelt ihren derzeit gefährlichsten Einsatz mit mehr als 1000 Soldatinnen und Soldaten über Nigers Hauptstadt ab. Bei Bazoum ist die Bundeswehr hochwillkommen.

Man mag schon nicht an Zufall glauben, dass Soldaten just jetzt in Niger putschen. In Sankt Petersburg sind Russland und afrikanische Staaten zu einem Gipfel zusammengekommen. Russlands Präsident, der Kriegsbrecher Wladimir Putin, will demonstrieren, dass sein Einfluss auf Afrika noch groß ist und dass er mit seinem Angriff auf die Ukraine gar nicht so isoliert ist, wie es der Westen gerne hätte.

Aus der westlichen Welt, die von dem Umsturz offenbar völlig überrascht wurde, erreichen Bazoum nun Solidaritätsbekundungen. Demokraten fordern Putschisten auf, sich zurückzuziehen. Die Forderung ist richtig und wichtig, nur wirkt sie leider hilflos. UN-Generalsekretär António Guterres garantierte Bazoum „volle Rückendeckung“. Nur heißt auch das nicht viel. Die UN sind zahnlos.

Womit soll Deutschland drohen? Versprochenes Geld nicht zu zahlen, mit dem der Hungertod von Kindern verhindert werden könnte? Das wird schwer. Die Bundesregierung muss jetzt dafür sorgen, dass die deutschen Soldatinnen und Soldaten in Sicherheit sind beziehungsweise sicher herauskommen, wenn sich die Lage zuspitzt.

Der Putschistenführer nannte als einen Grund für die Machtübernahme des Militärs die angeblich schlechte ökonomische und soziale Regierungsführung in seinem Land. In Wahrheit ist es die Angst vor der Stärkung der Demokratie, vor Freiheit und Frauenrechten. Die Angst vor allem, was Präsident Bazoum will.

„Demokraten fordern Putschisten auf, sich zurückzuziehen

Savannenstaat verkörpert seit-her Mohamed Bazoum.

Sollte der Putsch von Militärs gegen den 63 Jahre alten Präsidenten Erfolg haben, verlieren nicht nur seine Unterstützer gerade erst erkämpfte Chancen auf Reformen und mehr finanzielle Hilfe aus dem westlichen Ausland. Auch für Deutschland und Europa wäre es ein Debakel. Mit Bazoums Regime würde ein Bollwerk gegen Extremisten und Russlands Ringen um Macht und Einfluss in Afrika gestürzt.

Weil die UN-Kräfte in Mali, das im Westen an Niger grenzt, nicht mehr erwünscht sind, wird die Mission Minusma dort nach zehn Jahren beendet – die Bun-

KOMMENTAR

Preisbremsen bald verlängern

Vorstoß von Habeck zu Energiekosten ist richtig

Auf den ersten Blick scheint Wirtschaftsminister Robert Habeck mit der Forderung, die Strom- und Gaspreisbremsen bis ins Frühjahr 2024 zu verlängern, in reinen Aktionismus verfallen zu sein. Seit Monaten kennen die Energiepreise nur eine Richtung: nach unten. Inzwischen haben sie ein Niveau erreicht, das weit entfernt ist von den Beträgen, ab der Bremsen greifen.

Das ist auch an den Ausgaben erkennbar. 18 Milliarden Euro haben die Stützungsmaßnahmen bisher gekostet. Gemessen an den über 80 Milliarden Euro, die für das laufende Jahr eigentlich für die Strom- und Gaspreisbremse eingeplant sind, handelt es sich um eine geradezu überschaubare Summe.

Auch deshalb täte die Bundesregierung gut daran, dem Vor-

TIM SZENT-IVANYI
ksta-politik@
kstamedien.de

schlag des grünen Ministers zu folgen. Denn es gilt gerade in unruhigen Zeiten der Satz von Wirtschafts-wunderkanzler Ludwig Erhard, wonach die Wirtschaft zu 50 Prozent Psychologie ist. Wenn Unternehmen und Verbraucher schon jetzt sicher wissen, dass es auch in der gesamten nächsten Heizperiode Haltelienien gibt, dann dürfte das eine positive Wirkung auf Kauf-beziehungsweise Investitionsentscheidungen haben.

Es wäre ein fatales Signal, wenn die Bremsen nicht verlängert würden. Dem Gesetzestext zufolge ist eigentlich Ende 2023 Schluss. Die Regierung muss eine zusätzliche Rechtsverordnung erlassen, um ein Weiterwirken zu ermöglichen. Das sollte schnellstmöglich geschehen, denn die Wirtschaftslage ist nach wie vor extrem labil.

DEUTSCHE ZUSTÄNDE

Zuversicht im Schneckenhaus

Das Vertrauen der Deutschen in die Politik schwindet dramatisch

Zwischen der persönlichen Zuversicht der Deutschen und ihrem Vertrauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gibt es eine große Diskrepanz. Das ist ein zentrales Ergebnis einer tiefenpsychologischen wie auch quantitativ-repräsentativen Studie des „rhein-gold“-Instituts in Kooperation mit der „Identity Foundation“. So blicken zwar 87 Prozent der Menschen zuversichtlich auf ihr persönliches Umfeld mit Familie und Freunden und den eigenen Wirkungskreis in Beruf, Ausbildung oder ehrenamtlichem Engagement. Nur 23 Prozent hingegen verbinden ein Gefühl der Zuversicht mit Politik und Gesellschaft.

Unter der ausgeprägten, stark verbreiteten Zuversicht im Privaten lauert ein diffuses Grundgefühl der Bedrohung und Endzeitstimmung. Ein Impuls, der bedrohlichen Welt entfliehen zu wollen, geht einher mit dem Rückzug ins persönliche Schneckenhaus. Den Deutschen gelingt die Maximierung ihrer Zuversicht durch eine Minimierung ihres Gesichtskreises. Diese Verengung der persönlichen Sicht zeigt sich vor allem in einer weitgehenden Verdrängung der globalen Krisen. In ihrem Alltag blenden die meisten Menschen den Krieg in der Ukraine, den Klimawandel oder die Migrationskrise aus. Die Bereitschaft, sich über die Nachrichtenlage zu informieren, sinkt. Lediglich die für das eigene Leben unmittelbar relevanten Themen wie Inflation, die Energiekrise oder die zunehmende Entzweiung der Gesellschaft durchdringen den Verdrängungsvorhang, der die private von der äußeren Welt trennt. Auf der Strecke bleiben durch diesen Umgang mit den Krisen gesellschaftliche Verantwortungsübernahme wie auch eine konstruktive Gesprächskultur.

Auch die bedrängendsten Ängste der Menschen beziehen sich auf die private Sphäre. Am unmittelbarsten wirkt die Angst vor dem Verlust der Autonomie: Ohnmachtsgefühle wie am Beginn der Coronakrise und des Ukrainekriegs sol-

STEPHAN GRÜNEWALD
ist Geschäftsführer des
Kölner „rhein-gold“-Instituts.
Er schreibt aus
psychologischer Sicht über
gesellschaftlich relevante Themen

über Sport, Fitness oder Schönheitspflege erfolgen. Seelisch stärken sich viele mit Yoga, Achtsamkeits- oder Meditationsübungen. Auch die eigene Intuition und Lebenserfahrung werden häufig zu einem Wegweiser durch den Alltag.

Das eigene Zuhause wird als Basislager des Ichs kontinuierlich verschönert und zur Wohlfühloase ausgebaut, von der aus dann kleine Fluchten in die nahe Natur oder in den Urlaub organisiert werden.

Schließlich bieten soziale Bollwerke aus Gleichgesinnten stabile Bezüge. Hier finden die Menschen Zuspruch und Geborgenheit. Allerdings werden diese kleinen Gemeinschaften immer hermetischer. Wer eine andere Meinung vertritt, wird schon deshalb als anstrengend empfunden – und dann oft aussortiert. Die Zuversicht, die die Menschen aus ihren privaten Kraftquellen schöpfen, ist jedoch beim Blick auf die Welt da draußen alsbald erschöpft. Es findet keine Transformation von der einen in die andere Sphäre statt. Der Blick auf die Welt ist geprägt von Passivität und Resignation. Als Transformationshemmnisse wirken ein Ablass-Denken oder Erlösungshoffnungen.

So soll die eigene Passivität durch kleinere Opferleistungen legitimiert werden. Die Menschen betonen dann, dass sie doch brav ihre bürgerlichen Pflichten erfüllten, arbeiten gingen, Steuern zahlten – und so ihre Zukunftsschuldigkeit getan hätten. Mitunter zollt man der krisenhaften Welt da draußen durch kleine Verhaltensanpassungen Tribut: kein Fleisch essen, aufs Fahrrad umsteigen, Flugreisen reduzieren.

Um das bisherige Leben ohne großen Verzicht und weitere Umstellungen weiterführen zu können, hoffen viele auf eine externe Erlösung durch Fortschritt: Künstliche Intelligenz oder neue Technologien sollen die großen Probleme der Zeit beheben. Zukunftshoffnungen richten sich auch auf die nächste Generation, an die man die Zukunftsaufgaben delegiert.

Von einer weiteren Form der Erlösungshoffnung profitiert derzeit vor allem die AfD. Einer machtvollen rettenden Instanz soll es gelingen, alles nur irgendwie Bedrohliche abzuwenden. Dafür müssen aber diejenigen entmachtet werden, denen man als Sündenböcken die Schuld für die aktuelle Misere auflädt.

Tatsächlich wird die Politik – auch jenseits der AfD-Wählerschaft – derzeit eher als Sündenbock denn als rettende Instanz wahrgenommen. Man traut ihr nicht zu, drängenden Problemen wie der Altersarmut, Wohnungsnot oder auch der sozialen Spaltung adäquat zu begegnen. Während der Glaube an die Demokratie insgesamt noch bei den meisten Menschen intakt ist und 83 Prozent sie „nach wie vor für die beste Lösung“ halten, haben zwei Drittel das Vertrauen in die Regierung verloren. Vor allem stoßen sich die Bürger daran, dass die maßgeblichen Politiker derzeit nicht an einem Strang ziehen. Eine aktivierende, von Ideen getragene Aufbruchstimmung, die aus dem Schneckenhaus der Selbstbezüglichkeit herausführt, geht von der Politik derzeit nicht aus.

<https://identity-foundation.de/studien/>

KOMMENTAR

Hilfreiche EZB-Ferien

Zinserhöhung ist richtig – Doch wie sie wirkt, bleibt ungewiss

STEFAN WINTER

Mit einer weiteren Zinserhöhung hat sich der EZB-Rat in die Sommerpause verabschiedet. Erst in zwei Monaten stellt sich die Frage nach dem weiteren Vorgehen erneut, und das ist unter den aktuellen Bedingungen eine glückliche Fügung. So sorgt der Kalender für eine Pause, die sich die Zentralbank in ihren offiziellen Zinsbeschlüssen noch nicht erlauben könnte.

Die Notenbanken – nicht nur die EZB, sondern auch die Fed – mühen sich immer noch um ihre Glaubwürdigkeit als Inflationsbekämpfer. Zwar füllen sie diese Rolle seit einem Jahr überzeugend aus, aber sie begannen zu spät und nach Jahren entgegengesetzter Politik. So ist die Reputation wacklig, und die Linie muss gehalten werden. Außerdem lassen zumindest in Europa die Daten noch kein Nachlassen zu – bei rund sechs Prozent Inflation kann eine Zentralbank nicht einfach zusehen.

Zugleich ist klar, dass die mittlerweile neun Leitzinserhöhungen zunehmend Wirkung entfalten – in Form einer gebremsten Wirtschaft. Das Risiko, des Guten zu viel zu tun, ist nicht von der Hand zu weisen. Deshalb schwoll die Diskussion um eine Zinspause schon vor der jüngsten Sitzung an.

Im EZB-Rat wird man froh sein, dass sie jetzt ein wenig ferienbedingten Aufschub bekommt. Im September wird die Wirkung der bisherigen Schritte erheblich besser einzuschätzen sein – und damit die Frage, ob weitere nötig sind oder möglicherweise mehr schaden als nützen. Präsidentin Christine Lagarde hat erstmals eine Zinspause für möglich erklärt, ließ sich aber partout nicht festlegen. Das ist aber sehr vernünftig.

KÖLNER
STADT-ANZEIGER
MEDIEN
Ein DuMont Unternehmen

KÖLNER STADT-ANZEIGER
Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont & Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.
Chefredakteur: Carsten Fiedler.
Stellvertreter: Dr. Sarah Brasack, Martin Dowideit.
Geschäftl. Redakteur: Christian Hümmler.
Leitender Redakteur: Wolfgang Wagner (Politik).
Chefkorrespondent: Joachim Frank.
Region: Michael Greuel; Veit Ellerbrock (Head of Digital) Köln; Tim Attenberger.
Landeskorrespondent: Gerhard Voogt (Leitender Redakteur).
Newsteam: Kendra Stenzel; **NRW/Story:** Hendrik Geisler, Maria Dohmen; **Wirtschaft:** Thorsten Breitkopf; **Sport:** Christian Löer; **Kultur:** Anne Burgmer; **Magazin:** Eva Fiedler, Jenny Meysner; **Chefreporter:** Peter Berger, Claudia Lehnen, Detlef Schmalenberg; **Art Director:** Nikolas Janitzki; **Produktion:** Florian Summerer.
Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.
Hauptstadtbüro: Eva Quadbeck (Ltg.); RND Berlin GmbH, Gf: Marco Fenske.
Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ebner; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Damir Fras; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Rio de Janeiro: Tobias Käufer.
Nachrichtengagenturen: dpa, afp, sid, kna
E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@kstamedien.de
Fax Redaktion: 0221 / 224 2524.
Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG – ein Unternehmen der Kölner Stadt-Anzeiger Medien, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln. Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.
Verlagsgeschäftsführer: Mirco Striewski.
Das Bezugs-geld enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.
Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 25 vom 01. Januar 2023 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.
Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.
Abonnenten-Service
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23 32
E-Mail: abo-kundenservice@tageszeitung.koeln
Anzeigen-Service
Verantwortlich: Dr. Simon Geisler, Oliver Siegert.
Tel. 0221 / 92586410, Fax 02 21 / 224-24 91
E-Mail: anzeigen@tageszeitung.koeln
Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt
Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de